

Arbeitsübersetzung aus dem Russischen

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Ungarn,
G. HORN,

Warschau, 26. Oktober 1989

Nur zwei Wochen sind vergangen, seitdem auf dem letzten Parteitag der USAP eine Epoche unseres Landes endgültig zu Ende ging - das von dramatischen Erschütterungen nicht freie Experiment des Stalinschen Modells des Aufbaus des Sozialismus. Die auf dem Parteitag geründete Ungarische Sozialistische Partei hat sich den Aufbau eines demokratischen Sozialismus zum Ziel gesetzt, dem die gesellschaftliche Gleichheit der Möglichkeiten, der Rechtsstaat, die einzige Legitimierung des politischen und ökonomischen Pluralismus und der Wille der Bürger zugrunde liegen. Die ungarische Regierung billigt diese Veränderungen, teilt die gestellten Ziele voll und ganz und möchte mit ihrer, den Interessen der ganzen Nation dienenden Arbeit zur Erreichung dieser Ziele beitragen.

Die ungarische Regierung hat unseren außenpolitischen Kurs, die außenpolitische Souveränität des Landes und die damit abgestimmte Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag bestätigt.

Wir meinen, daß die Veränderungen im internationalen Leben und die vor sich gehenden Ereignisse die Einschätzungen der Haupttendenzen der internationalen Lage in Europa, wie sie im Dokument der Bukarester Tagung auf höchster Ebene der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages formuliert worden sind, bestätigen. Ungeachtet gewisser Spannungen sind in den letzten Monaten vor allem Entspannung, Dialog und das Streben nach Zusammenarbeit kennzeichnend für die internationalen und europäischen Beziehungen.

Förderlich für die günstigen Veränderungen war die Tatsache, daß sich das neue politische Denken in unseren Ländern ausbreitet und immer mehr zur Praxis wird.

Heute üben die internationalen Beziehungen einen positiven Einfluß auf den Umgestaltungsprozeß in unseren Ländern aus und begünstigen politische, soziale und ökonomische Reformen. Unsere Erfahrungen besagen, daß der Westen die sich in unseren Ländern vollziehenden Wandlungen insgesamt positiv einschätzt. Für sein Verhalten sind keine feindseligen Haltungen, sondern hohes Verantwortungsgefühl und Bereitschaft zur Zusammenarbeit charakteristisch.

Dies ist ein Ergebnis der gesamteuropäischen Entwicklung.

Unserer Meinung nach ist es auch möglich, die positiven Fortschritte in den internationalen Beziehungen weiter zu festigen, wenn wir unseren Hauptkurs verfolgen und den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Ost und West dynamisch entwickeln. Dies wird von den Interessen unserer Völker und der Völker Europas und der Welt diktiert. Von diesem Kurs ohne schwerwiegende Folgen abrücken können bereits weder die westlichen noch die östlichen Länder.

Verehrte Tagung!

Der Zeitraum nach dem Wiener Treffen zeigt, daß dem sehr substantiellen Abschließenden Dokument die gute Absicht folgt, es dynamisch zu erfüllen. Besonders wichtig ist auch, daß die 35 Teilnehmerstaaten diesmal ohne lange Pause, sozusagen aus der Bewegung, an die Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben gegangen sind. Die absolute Mehrheit der Teilnehmerstaaten ist sich darin einig, die Länder, die die Erfüllung der Bestimmungen des Abschließenden Dokuments hinauszögern, zu verurteilen. Darin sehen wir ein Anzeichen dafür, daß das System der gesamteuropäischen Beziehungen immer fester wird. Die bislang stattge-

99

fundenen Veranstaltungen zeugen ferner auch davon, daß die Teilnehmer bestrebt sind, spürbare Ergebnisse zu erzielen. Infolgedessen wurden die Beratungen effektiver, und die Arbeit wurde beschleunigt. Wir halten das für einen wesentlichen Fortschritt.

Um so mehr, als wir parallel dazu - mit einigen Ausnahmen - die Absicht erkennen, ausgewogen an die drei Körbe heranzugehen. Was unser Bündnissystem anbelangt, so hat die letzte PBA-Tagung eine solche Haltung eingenommen. Wir meinen, daß, wenn wir diesen Weg beschreiten, die reale Möglichkeit dafür besteht, daß das Treffen in Helsinki 1992 die Grundlagen des gemeinsamen europäischen Hauses legt und sich mit der Ausarbeitung weitreichender europäischer Pläne befaßt.

Werte Kollegen!

Die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa gehen zügig voran. Als Ergebnis unseres im September eingebrachten Vorschlages zu den Luftstreitkräften wurde ein wesentlicher Fortschritt erzielt, der der Lösung dieser Frage zugrunde gelegt werden kann. Jetzt müssen wir darüber nachdenken, wie eine komplexe Lösung der kompliziertesten, noch offenen Fragen gefunden werden kann - der Probleme der Luftstreitkräfte und des Personalbestandes, der regionalen Gliederung und der Depotrüstungen. Besondere Aufmerksamkeit verlangt - und mit dieser Arbeit sollte die Spezielle Kommission für Abrüstung bereits jetzt beginnen - die Frage, wie die Aufteilung der kollektiven Obergrenzen zwischen den einzelnen Teilnehmerstaaten aussehen wird, denn dies muß unbedingt im Abkommen fixiert und widerspiegelt werden.

Als nützlich erachten wir den Vorschlag des Genossen Schewardnadse, ein Außenministertreffen durchzuführen, und würden es für richtig halten, wenn dieses Treffen sobald als möglich einberufen würde, noch im Februar 1990. Auf diesem Treffen könnten die Außenminister der 23 an den Verhandlungen teilnehmenden Staaten diese Grundfragen unmittelbar lösen. Das Treffen würde nicht nur den Verhandlungen einen entscheidenden Impuls verleihen, sondern man könnte auf ihm eine Vereinbarung treffen, im Herbst 1990 ein Treffen auf höchster Ebene durchzuführen, auf dem der Vertrag unterzeichnet werden würde.

Und was die Verhandlungen der 35 anbelangt, so unterstützen wir die Initiative, ein Seminar über die Militärdoktrinen unter Teilnahme hoher Militärs und der Generalstabschefs durchzuführen.

Im Zusammenhang mit der Abrüstung möchte ich unterstreichen, daß wir in Ungarn mit Freude von den neuen Erfolgen im sowjetisch-amerikanischen Dialog erfahren haben und die flexible, initiativreiche Haltung der sowjetischen Seite begrüßen, durch die dies möglich wurde.

Wie wir bereits in anderen Gremien des Warschauer Vertrages vor einigen Monaten gesagt haben, unterstützen wir den Gedanken, eine Konferenz zum Thema "Offener Himmel" durchzuführen. Wir begrüßen die prinzipielle Übereinkunft zwischen der UdSSR und den USA in dieser Frage. Da die Initiatoren, die USA und Kanada, beide von Anfang an vorgeschlagen haben, die Konferenz in zwei Etappen durchzuführen, wäre es für die ungarische Seite eine Ehre, wenn die zweite Etappe in Budapest durchgeführt werden könnte. Wenn die verehrten Kollegen damit einverstanden sind, wäre es zweckmäßig, bereits im Protokoll dieser Tagung unsere Position zu dieser Frage zu reflektieren.

Ich bestätige insgesamt die auf der Sitzung der Speziellen Kommission für Abrüstung im August gestellten Aufgaben und möchte weiterhin besonders unterstreichen, wie wichtig es ist, daß dieses Forum so bald als möglich den Entwurf einer Konzeption für konkrete Verhandlungen zur Schaffung eines europäischen Zentrums zur Verminderung der Kriegsgefahr vorlegt.

Verehrte Kollegen!

Bereits bei der Einschätzung des Abschließenden Dokuments des Wiener Treffens brachten wir unsere Meinung zum Ausdruck, daß den Fragen des Korbs 2 weniger Aufmerksamkeit, als dies wünschenswert gewesen wäre, entgegengebracht wurde, mehr noch, viel weniger Aufmerksamkeit, als dies möglich gewesen wäre. Obwohl es dafür eine ganze Reihe von objektiven und subjektiven Gründen gibt, ist es aber eine Tatsache, daß sich die Aufmerksamkeit des Westens auf die Vorbereitung auf das Jahr 1992 konzentriert und die meisten unserer Länder im wesentlichen mit der Umbildung ihres inneren Wirtschaftssystems befaßt sind. Somit wurde über die Aufgaben der gesamteuropäischen ökonomischen Zusammenarbeit bisher eher nur schön geredet, aber praktische Schritte wurden nicht unternommen.

Die Besonderheit des Korbs 2, der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, besteht darin, daß er stark vom Vorankommen in den beiden anderen Körben abhängt. Gleichzeitig ist die finanziell-ökonomische Zusammenarbeit von ihrem Wesen her auf einen längeren Zeitraum angelegt und kann somit die Überwindung von Schwierigkeiten und Problemen in den beiden anderen Bereichen unterstützen. Unter Berücksichtigung all dessen haben wir unsere Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, diesen Fragenkreis in einer selbständigen Tagesordnung zu erfassen und ein gesondertes Dokument zu diesem Thema auszuarbeiten. Im Verlaufe der

Vorbereitungsarbeit haben unsere Experten bereits die Erwägungen der ungarischen Seite zu den Details geäußert. Ich will hier nur eine Frage hervorheben.

Ich glaube, daß es zwischen uns keine Differenzen dahingehend gibt, daß unsere Länder mit den beiden westlichen ökonomischen Gemeinschaften und einigen Staaten, die diesen nicht angehören, von der Position einer wirksamen sozialistischen Integration effektivere Verhandlungen über die gesamteuropäische ökonomische Zusammenarbeit führen könnten. Die konkrete Lage zeigt jedoch, daß wir zwar noch eine gemeinsame Plattform gefunden haben, aber nicht über eine entwickelte ökonomische Integration verfügen und offensichtlich auch in der nächsten Zukunft nicht verfügen werden. Zugleich schließt dies die Möglichkeit einer schnellen, allseitigen und effektiven Entwicklung der Zusammenarbeit sowohl mit dem Westen als auch untereinander auf den Gebieten, auf denen dies die gemeinsamen Interessen erforderlich und möglich machen, nicht aus.

Wir meinen, daß der Warschauer Vertrag als militärisch-politisches Bündnis nicht das entsprechende Forum für die inhaltliche Erörterung der allseitigen Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen unseren Ländern ist. Ich will jedoch unterstreichen, daß ebenso wie das Fehlen eines eigenen Integrationssystems bzw. seine Unterentwicklung kein Hindernis für die Unterhaltung von Beziehungen mit den westlichen Integrationsformen darstellt, auch, und hier bin ich sicher, die Zusammenarbeit mit ihnen tatsächlich lebensfähige und effektive Formen der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Mitgliedsländern nicht behindern, sondern im Gegenteil beschleunigen wird.

In den Beziehungen zwischen den Blöcken greift immer mehr die Erkenntnis Raum, daß die Achtung der Menschenrechte und die humanitäre Zusammenarbeit nicht nur unabdingbarer Bestandteil

der internationalen Sicherheit und der Beziehungen zwischen den Ländern sind, sondern auch die Herausbildung der Beziehungen zwischen den Staaten unmittelbar beeinflussen. Die universellen Menschenrechte dürfen nicht außer acht gelassen werden. Die Wiener Vereinbarungen widerspiegeln diese neue Verpflichtung der Teilnehmerstaaten ebenfalls.

Die Anerkennung der Universalität der Menschenrechte gibt natürlich keinem Land, keiner Staatengruppe oder Gesellschaftsordnung einen Grund, sie zu expropriieren. Der edle Wettstreit kann nur ausgetragen werden, wenn ihre Verwirklichung immer umfassender garantiert wird. Schrittweise weitet sich die Praxis aus, die innerstaatlichen Normen mit den Völkerrechtsnormen in Übereinstimmung zu bringen, und es wird immer offensichtlicher, daß es unabdingbares Recht und Verpflichtung der Völkergemeinschaft ist, zu verfolgen, wie die Staaten die auf dem Gebiet der Menschenrechte und im humanitären Bereich übernommenen Verpflichtungen einhalten, und von ihnen diesbezüglich Rechenschaft zu verlangen. Wir sind Zeugen einer breiten Anerkennung der Verstärkung der internationalen Kontrollmechanismen, die dies unterstützen. Die Praxis beweist die Lebensfähigkeit des Mechanismus der menschlichen Dimension.

Was den Korb 3 und die menschliche Dimension anbelangt, so müssen wir einem wichtigen Thema dieser Problematik besondere Aufmerksamkeit widmen - der Lage der Nationalitäten und nationalen Minderheiten. Dies wird vor allem vom internationalen Aspekt und von den unmittelbaren inneren Erfahrungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sowie den Erfahrungen ihrer Beziehungen untereinander diktiert. Nationale Spannungen werden immer häufiger zur Quelle von Konflikten und sind ein sensibler Bereich der internationalen Sicherheit geworden. Die Anerkennung dieser Tatsache und die sich daraus ableitenden Maßnahmen wurden in einer Reihe von Ländern bereits heute auf die Tagesordnung gesetzt.

Internationale Foren, wie beispielsweise das Treffen zur menschlichen Dimension in Paris, zeugen davon, daß es als Grundlage für den inhaltlichen Dialog auf dem Gebiet der Menschenrechte und im humanitären Bereich und für eine Situation, da die Polemik durch den sachlichen Dialog abgelöst wird, dienen kann, wenn einzelne Länder ihre innerstaatlichen Rechtsnormen und -praktiken mit ihren internationalen Verpflichtungen in Übereinstimmung bringen. Dies führte zu einer breiten Unterstützung für die Idee der Schaffung einer gesamteuropäischen Rechtszone und der Herausbildung eines allgemeinen Verständnisses der Bestandteile der Rechtsstaatlichkeit. In Zukunft sollte dies auch bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen den verbündeten Staaten zum bestimmenden Faktor werden.

Herausragendes Gebiet bei den vertrauensbildenden Maßnahmen und eine Hauptbedingung für die Schaffung der europäischen Einheit sind die Beseitigung von Hindernissen für menschliche Kontakte, Transparenz und Offenheit, Zusammenarbeit auf dem Gebiet Information und Kommunikation, die den Erfordernissen der europäischen Gemeinsamkeit entspricht, und eine auf ein neues qualitatives Niveau gehobene Zusammenarbeit auf dem Gebiet Kultur und Bildung.

Werte Tagung!

Im abgelaufenen Zeitraum wurden die Anstrengungen zur Regelung von regionalen Konflikten fortgesetzt und wurden immer charakteristischer. Mehrseitige Bemühungen, deren Ziel es ist, lokale Spannungsherde zu beseitigen, beeinflussen in jedem Falle die internationale Gesamtatmosphäre positiv. Die Gestaltung von Beziehungen, die der friedlichen Regelung förderlich sind, die Schaffung eines entsprechenden Mechanismus und die Suche nach neuen Verhandlungsmöglichkeiten sind wichtiges Interesse und unveränderte Aufgabe der Teilnehmerstaaten unseres Bündnisses.

Aus der Sicht des Umsetzens unseres neuen außenpolitischen Kurses, wonach unsere Welt ein einheitliches Ganzes darstellt und die internationalen Probleme miteinander zusammenhängen, ist es sehr wichtig, mit den internationalen Organisationen, die an der Lösung der sogenannten globalen Probleme besonders interessiert sind, ständige Beziehungen zu unterhalten und Meinungen auszutauschen. Die Tatsache, daß an der Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder in Belgrad einige verbündete Staaten als Gäste teilnahmen, bezeugt, daß wir dies erkannt haben. Unsere Beziehungen zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen, die sich in ihrem Denken und in ihren Bestrebungen erneuert, sollten wir künftig auf der Grundlage der Realitäten, der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen entwickeln.

Herr Vorsitzender!

Auch in unserer Organisation wird reliefartig die Forderung deutlich, die allgemein anerkannten Prinzipien, die das Miteinander der Staaten, die Zusammenarbeit zwischen ihnen und die korrekten Beziehungen regeln, zum organischen Bestandteil des Systems der Beziehungen zwischen den verbündeten Staaten zu machen. Dabei ist die besondere Bedeutung dessen hervorzuheben, daß wir aus den Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten das ideologische Element entfernen, die Forderung nach Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gegenseitig achten und die in den gesamteuropäischen und anderen Abkommen übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Ich stimme Genossen Schewardnadse darin zu, daß sich der Warschauer Vertrag nicht in einer Krisensituation befindet, sondern sich entsprechend den neuen Erfordernissen der Innen- und Außenpolitik einzelner Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages umwandelt und modernisiert. Echte, die abgestimmten Interessen widerspiegelnden Bündnisbeziehungen können sich nur

auf die umfassende Anwendung dieser Normen gründen. Und gerade in einer stürmischen Zeit der Wandlungen sichern Beziehungen auf solch einer festen Basis stabile und berechenbare innere Beziehungen.

Mit der zunehmenden Entspannung, der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses und der Abnahme des realen Bedrohungsniveaus sowie der Entwicklung der Von beiden Seiten formulierten, über den Rahmen der friedlichen Koexistenz hinausgehenden Zusammenarbeit vollzieht sich auch eine Umbewertung der Rolle, der Aufgaben und der Tätigkeit des Warschauer Vertrages. Unser Bündnissystem muß zu einer der europäischen Zusammenarbeit entschieden verpflichteten, sie unterstützenden und sie voranzubringenden Organisation werden. Wir müssen uns von den Konfrontationsklischees des kalten Krieges freimachen. Wir müssen bei der Herausbildung von Strukturen der Streitkräfte, die dem defensiven Charakter unserer Militärdoktrin entsprechen, Fortschritte erzielen. Unser Bündnissystem wird sich nur in dem Fall aktiv am Bau des gemeinsamen europäischen Hauses beteiligen können, wenn wir in unserer Tätigkeit hauptsächlich nach politischer Zusammenarbeit und insbesondere nach Konsultationen streben werden, um die Interessenlage festzustellen und unsere Schritte abzustimmen. Der Weg zu einer würdigen Rolle in den europäischen Prozessen führt über eine grundlegende Reform des Mechanismus der Zusammenarbeit.

Die Diskussionen in dieser Richtung brachten bisher nicht das erwartete Ergebnis. Auf der nächsten Tagung in Budapest können wir nur in dem Falle auf eine Wende hoffen, wenn jeder von uns die politische Notwendigkeit des Vorankommens verspürt und die Positionen der Seiten dementsprechend geändert werden. Ich wiederhole noch einmal - es geht um die künftige Rolle des Warschauer Vertrages in den gesamteuropäischen Prozessen.

Verehrter Herr Vorsitzender!

Im Namen der ungarischen Delegation danke ich den polnischen Gastgeber herzlich für die gute Vorbereitung unserer Tagung und die guten Arbeitsbedingungen.